

**Unverkäufliche Leseprobe**



**György Dalos**  
**Der Vorhang geht auf**  
Das Ende der Diktaturen in Osteuropa

Deutsche Bearbeitung von Elsbeth Zylla  
272 Seiten, Gebunden  
ISBN: 978-3-406-58245-5

## Staatsbegräbnis und Trauergäste

Ein spätsowjetisches Gruppenbild

Originaldokument  
© Verlag C.H. Beck

Niemals war eine Wachablösung im Kreml so schnell vonstatten gegangen: Konstantin Ustinowitsch Tschernenko, Generalsekretär der KPdSU, schloss für immer seine Augen am 10. März 1985 um 19 Uhr 20. Er war nur ein Jahr lang im Amt gewesen. Noch war die Tinte seiner Unterschrift auf dem letzten offiziellen Brief vom Vortag kaum getrocknet, als am 11. März um 18 Uhr das Politbüro, einstimmig wie immer, die Führung des Riesenreiches dem von Tschernenko auserkorenen Michail Sergejewitsch Gorbatschow anvertraute. Für den Alltag an der Machtspitze bedeutete diese Änderung kaum etwas Neues. Seit Monaten bereits führte der zweiundfünfzigjährige Gorbatschow die Geschäfte und vertrat praktisch bei jeder Entscheidung seinen schwerkranken Vorgesetzten. Er hatte auch den Auftrag erhalten, der nach sowjetischem Gewohnheitsrecht dem Thronfolger zukam: die Organisation des Beerdigungsrituals.

*Das Andenken des herausragenden Führers der kommunistischen Partei und des Sowjetstaates, des standhaften Kämpfers für die kommunistischen Ideen und den Frieden wird das Sowjetvolk und die ganze fortschrittliche Menschheit ewig bewahren,* hieß es im Nachruf. Die sterblichen Überreste des Verblichenen sollten an der Kremllmauer unmittelbar neben Semjon Budjonnyj, dem Führer der legendären Reiterarmee, beigesetzt werden. Die posthume Nachbarschaft mit dem Marschall ließ dem Parteichef Gerechtigkeit widerfahren, denn er war ebenfalls ein Heros – ein Held der Bürokratie. Während andere Spitzenfunktionäre die Reinheit der Ideologie wiederhergestellt hatten oder für die militärische Aufrüstung zuständig gewesen waren, beherrschte der in Verballhornung durch den Volksmund nach den Anfangsbuchstaben seines Namens *KUTscher* genannte Tschernenko die Papierberge des

Zentralkomitees, war Spezialist von Tagesordnungen, Resolutionen und Schriftverkehr. Kurz vor seinem Ableben hatte der Vierundsiebzigjährige eine detaillierte Bilanz seiner elfmonatigen Tätigkeit ganz im Stil der triumphalen Fünfjahrplan-Berichte erstellen lassen:

*Das Politbüro ist 48-mal zusammengetreten und das Sekretariat 42-mal. Das Politbüro hat 3760 Verordnungen gebilligt, von denen 529 auf den Sitzungen verabschiedet wurden und 3231 durch postalische Stimmabgabe. Das Sekretariat hat 5452 Verordnungen verabschiedet, 980 auf Sitzungen und 4472 per Post (...) Das Politbüro hat die Parteiorgane weiter gestärkt, indem es 28 neue Sekretäre regionaler Parteikomitees und Parteikomitees in den Republiken sowie 12 neue Unionsminister ernannte. Das Zentralkomitee hat 255 000 Zusendungen offizieller Korrespondenz und mehr als 600 000 Briefe erhalten. Der Generalsekretär und seine Kollegen haben an die 9000 Briefe erhalten.*

Zu den Verpflichtungen des neuen Kremlchefs gehörte das Gespräch mit den Ranghöchsten unter den Kondolierenden. So fand ein kurzer Gedankenaustausch am Rande der Trauerzeremonie zwischen Michail Gorbatschow und Helmut Kohl einerseits, François Mitterrand sowie dem damaligen US-Außenminister George Bush (sen.) andererseits statt. Natürlich nutzten manche Ostblockführer das traurige Ereignis dazu, persönlich auf Tuchfühlung miteinander zu gehen, und einer von ihnen, der SED-Chef und DDR-Staatsratsvorsitzende Erich Honecker, nahm sogar Kontakt mit Bundeskanzler Helmut Kohl auf. Dieses Treffen und das darüber veröffentlichte, nicht besonders vielsagende Gemeinsame Kommuniqué bot Nahrung für die internationalen Medien, die ansonsten ihre Aufmerksamkeit fast ausschließlich der Person des neuen Generalsekretärs widmeten.

Die Präsenz der Bruderländer auf höchster Ebene gehörte zum protokollarischen Minimum von solchen Beerdigungen. Das Fernbleiben einer der maßgeblichen Personen konnte als Zeichen der Abkühlung der Beziehungen mit den sowjetischen Führern, wenn nicht als direkter Affront gewertet werden. Dabei war es nicht selbstverständlich, davon auszugehen, dass die Staats- und Parteichefs des 1955 geschlossenen Warschauer Vertrags den Strapazen einer Pilgerfahrt an die Kremlmauer noch gewachsen waren. Fast ausnahmslos waren sie über siebzig, gesundheitlich alles andere als symptomfrei, und sie waren durch viel-

fältige, teilweise alarmierende Sorgen an den Alltag in ihrer Heimat gebunden.

Dem Moskauer Gastgeber war dieser Zustand durchaus bewusst und schmerzhaft verständlich, denn Konstantin Tschernenko war bereits der dritte Sowjetführer, der innerhalb von zweieinhalb Jahren feierlich bestattet wurde. Im November 1982 verstarb Leonid Iljitsch Breschnew, im Februar 1984 verabschiedete sich der Parteichef Jurij Wladimirowitsch Andropow, Gorbatschows politischer Gönner und Ziehvater, aus dem Leben. Alle drei waren – abgesehen von sonstigen Einschätzungen ihrer politischen Tugenden, Mängel, Fähigkeiten oder Leistungen – in der Endphase ihrer Amtsausübung außerstande gewesen, ihren Aufgaben nachzukommen. Für die UdSSR, ein Land, in dem die Führungsposition immer mit persönlicher Verantwortung für alle Entscheidungen – vom Schicksalhaften bis zur Bagatelle – verbunden war, bedeutete dies, dass die Staatsgeschäfte nach außen und innen mindestens seit Ende der Siebzigerjahre stagnierten und dass die Moskauer Weltmacht nur mehr mit ein paar abgedroschenen Propagandafloskeln auf die Dynamik der Außenwelt reagieren konnte.

Außerdem löste die durch die modernen Medien spektakulär gewordene häufige Sterblichkeit der vergreisten hohen Kader – auf die Verlustliste gehörten auch der langjährige Regierungschef Alexej Kossygin (1980), der ewige Chefideologe Michail Suslow (1982) und der greise Verteidigungsminister Dmitrij Ustinow (1984) – in der Sowjetunion eine moralische Abnutzung der immer wieder dramatisch verkündeten Trauernachrichten aus. Hatten die Leute 1953 noch mit tumultartigen, hysterischen Ausbrüchen auf Stalins Tod reagiert, so erlebten sie die sichtbare körperliche Schwäche ihrer Führer und die monoton gewordene pathetische Zeremonie ihres letzten Geleits auf dem Bildschirm eher als etwas Groteskes, Unseriöses, was dem Ruf ihres Landes schadete. Einer der zahlreichen bitterbösen Witze zu diesem Thema: *Eines Tages verkündet der Fernsehmoderator der Nachrichtensendung «Wremja»: «Liebe Zuschauer, Sie werden lachen – ich habe Ihnen wieder eine traurige Nachricht mitzuteilen.»*

Selbstverständlich musste sich das hohe Durchschnittsalter der herrschenden Riege nicht zwangsläufig lähmend auf die Entscheidungsprozesse auswirken – schließlich initiierte zur selben Zeit im benachbarten China der ebenfalls hochbetagte Parteichef Deng Hsiaoping eine

radikale Wirtschaftsreform, die zugleich den Ausweg aus dem Chaos der «Kulturrevolution» zeigte. Freilich orientierten sich, bei aller weltrevolutionären Phraseologie, Chinas Reformprojekte vorwiegend an den inneren Problemen – angesichts der Größe des Landes und der Sorgen ein gigantisches Vorhaben. Das kommunistische Reich der Mitte war kein Imperium mit Satellitenstaaten, in denen jeder taktische Schritt der Zentrale furchtsam nachvollzogen wurde, und Peking blieb auch der Ehrgeiz fremd, bitterarme Länder auf weit entfernten Kontinenten nur deshalb dauerhaft zu finanzieren, weil sie dem Pekinger Sozialismusmodell nacheiferten. Obwohl Maos Reich bereits seit Herbst 1964 zum Atomclub gehörte, zeigte es wenig Affinität zu dem hysterischen Rüstungswettbewerb der Supermächte. Vielmehr beobachtete die Volksrepublik seit der Versöhnung mit den USA und der Aufnahme in die UNO die internationale Konfrontation, ganz im Sinne eines chinesischen Sprichworts, wie den Kampf der Tiger von der Spitze des Berges aus.

Das eigentliche Problem des Phänomens der Gerontokratie bestand darin, dass es die für Diktaturen einzig mögliche Form der personellen Veränderung, den Generationswechsel, extrem erschwerte und damit die ohnehin enge Erfahrungswelt der Herrschenden weiter einengte. Über siebzig Jahre alt und in der höchsten Machtsphäre tätig zu sein bedeutete für den Betreffenden, dass er während der Kollektivierung, der Industrialisierung, der Fünfjahrpläne, des Großen Terrors, des Krieges oder der frühen Nachkriegszeit seine politische Karriere begonnen hatte und über die Fähigkeit verfügte, seine Laufbahn der ideologischen Orthodoxie anzupassen und sich dem jeweiligen Kurs bedingungslos zu unterwerfen. Kritische Äußerungen hätten ihn leicht in den Ruf eines Abwechslers oder gar Verräters bringen können und wären somit in bestimmten Phasen des historischen Prozesses lebensgefährlich gewesen. Diese in ihrer Jugendzeit fanatisierten oder eingeschüchtern Befehlsempfänger verwandelten sich in den Sechziger- und Siebzigerjahren allmählich in diejenigen, die Befehle erteilten. Alle gemeinsam stellten eine geschlossene privilegierte Schicht dar – Milovan Djilas nannte sie *Neue Klasse* –, die über keine direkten sozialen Informationen verfügte, sondern bestenfalls aus geschönten Geheimberichten die realen Zustände in ihrem Kompetenzbereich kennenlernte.

Michail Gorbatschow gehörte zu dieser Elite, amtsowjetisch «Nomenklatura», war jedoch als Bauernkind in der bitteren Not der Kriegs- und Nachkriegsjahre aufgewachsen. Als er 1950, aus dem südrussischen Stawropol kommend, sein Jurastudium in Moskau aufnahm und bald darauf der Partei beitrug, glaubte er zwar an das Bild von deren heroischer Vergangenheit und lichter Zukunft, keinen Augenblick jedoch war er bereit, die schnöde Gegenwart durch die rosarote Brille des offiziellen Optimismus zu betrachten. Mit dem Diplom in der Tasche kehrte er im Auftrag der Partei zu seinem Geburtsort zurück, wo er zuerst als Komsomol-, später als Parteifunktionär arbeitete. In den Sechzigerjahren verwaltete er die Landwirtschaft der gesamten Region, die 66 000 Quadratkilometer umfasste. Alle, die mit den Agrarverhältnissen der UdSSR vertraut waren oder diese gar zu verwalten hatten, mussten auf ihren wenig lukrativen Posten bei der Beurteilung von Erfolgen und Misserfolgen Nüchternheit bewahren.

Nüchternheit war auch im ganz konkreten Sinne geboten. Der Stawropolskij Kraj zu Füßen des Kaukasus gehörte zu den bevorzugten Urlaubsgebieten des Spitzenapparats, und der jeweilige Regionalpartei- chef – diesen Posten hatte Gorbatschow schließlich 1970 erklommen – hatte unter anderem die Pflicht, die in Stawropol landenden Sonderflugzeuge aus Moskau zu empfangen und den hohen Gästen, während sie sich erholten, ab und zu Gesellschaft zu leisten. Die auf diesem Wege zustande kommenden informellen Kontakte waren für die weitere Karriere überaus nützlich – so entwickelte sich zum Beispiel Gorbatschows Nexus zu dem damaligen KGB-Chef Andropow. Gleichzeitig konnte der Regionalpartei- chef nicht umhin, gelegentlich an den stürmischen Saufgelagen seiner Oberen teilzunehmen.

Trunksucht gehörte zu dem wenigen, was die sowjetischen Magnaten mit vielen ihrer Untertanen gemeinsam hatten – dabei diente Wodka, wie bei anderen Menschen auch, als Treibstoff der Kommunikation. Er löste die Zungen der führenden Genossen, weichte die hierarchischen Grenzen auf und gewährte dem Unbeteiligten, falls er zwangsweise mitmachte und sich dabei zumindest trinkfest zeigte, einen diskreten Einblick hinter die Kulissen der wirklichen Herrschaft. Das aufschlussreichste Geheimwissen, das man gewinnen konnte, bestand in der Erkenntnis, wer von den Anwesenden über greifbare politische oder intellektuelle Macht verfügte und wer lediglich die Maske derselben trug.

Außerdem konnte der erfahrene Blick leicht unter den Saufkumpanen denjenigen ausfindig machen, der seinem Sekretär den Befehl gab – dem Vorbild Nikita Chruschtschows folgend –, ihm heimlich lieber Wasser einzuschenken. Um dies wahrzunehmen, brauchte man eine normale, unbefangene, eben nüchterne Beobachtungsgabe.

Diese Eigenschaft paarte sich bei Gorbatschow mit der in seinen Kreisen seltenen Fähigkeit, seinem Gegenüber aufmerksam zuzuhören, neue Informationen begierig aufzunehmen und redselig zu sein, ohne besonders mitteilend zu werden. Sein bewegliches Gesicht mit dem langen, medienwirksamen Muttermal auf der linken Stirnseite wirkte nach den von Alkohol und Cortison erstarrten, farblosen Mienen seiner unmittelbaren Vorgänger wie eine Offenbarung: So also sah ein Sowjetführer mit Mimik aus! Ein Kommunist mit menschlichem Antlitz – bei seinem ersten größeren Westbesuch 1984 gelang es ihm, sogar die konservative britische Regierungschefin Margaret Thatcher, die Eiserne Lady, zu erweichen.

Der besondere Charme, der von ihm ausging, beeindruckte am wenigsten seine Kollegen aus dem Ostblock. Obwohl die Mitgliedstaaten des Warschauer Vertrags in der offiziellen Sprachregelung als Verbündete galten und das «sozialistische Lager» der frühen Fünfzigerjahre inzwischen, um den schlechten Beigeschmack des Wortes «Lager» loszuwerden, «sozialistische Gemeinschaft» hieß, litten die meisten Machthaber der Satellitenstaaten, selbst wenn sie in ihrem eigenen Land den Lokalfürsten mimten, unter ihrer elementaren Abhängigkeit von Moskaus Interessen und Willkür. Angesichts der historischen Erfahrung dieser Oberschicht war die Frage, ob der jeweilige Kremlherr alt oder jung, dick oder dünn, kahlköpfig oder dicht behaart war, von nachgeordneter Bedeutung. Für sie war der Generalsekretär der KPdSU in jedem Fall derjenige, der die Politik bestimmte, auch wenn er in Einzelfragen innerhalb der von ihm selbst definierten Grenzen einen eigenen Spielraum seiner osteuropäischen Partner tolerierte. Alles in allem: Der Generalsekretär war für seine kleineren Kollegen ein von oben aufgezwungenes Über-Ich, eine lieber nicht anzuzweifelnde höchste Instanz.

Die Formen der Lehnsherrschaft unterlagen allerdings mit der Zeit einem gewissen Wandel. Statt der direkten, in Extremfällen auch militärischen Einmischung setzte man zunehmend auf ökonomischen Einfluss. Der 1949 gegründete Rat der Gegenseitigen Wirtschaftshilfe (RGW)

erfüllte zu keiner Zeit die Rolle eines mit wirklichem Geld operierenden, auf Länderbedingungen spezialisierten Integrationsorgans. Vielmehr war er bürokratischer Rahmen für Import und Export aufgrund zwischenstaatlicher Abkommen, in der Regel zwischen zwei Partnerländern. Die Sowjetunion als industrielle Rohstoffmacht mit scheinbar unerschöpflichen Kapazitäten diktierte die Bedingungen des Handels. Gleichzeitig bemühte sie sich aus Gründen der Ideologie und der Staatsraison um eine minimale wirtschaftliche Stabilität ihrer Partner. Für die später beigetretenen Mitgliedsländer des RGW, Kuba, Vietnam und die Mongolei, bedeutete dies eine finanzielle Garantie für den Fortbestand des sozialistischen Modells in ihren von Europa weit entfernten Regionen.

Der Eiserne Vorhang und die westliche Embargopolitik ließen den RGW sogar erfolgreich erscheinen: Rubel, DDR-Mark, Zloty, Forint, Krone, Leu und Lewa flossen in die Kassen eines riesengroßen Selbstbedienungsladens, in dem eine bescheidene Kaufkraft immer wieder auf dasselbe klägliche Sortiment stieß. Für den anfangs vorsichtigen Handel mit dem «nichtsozialistischen Wirtschaftsbereich» zahlte man mit edler Währung aus den Safes der Nationalbank, mit hochwertigen Exportwaren oder – wie 1963 nach einer katastrophalen sowjetischen Ernte – sogar mit Gold für Getreide. Sobald die kommerziellen Ost-West-Beziehungen in den frühen Siebzigerjahren zugenommen hatten und die ersten Handels- und später Investitionskredite – mit stillschweigender Duldung Moskaus – aufgenommen worden waren, zeigten sich alle Nachteile des doppelten Standards. Zudem traf die erste Welle der Entspannung zeitlich mit dem Nahostkrieg 1973 und der darauffolgenden Explosion der Rohstoffpreise zusammen, die bei der Verschuldung der osteuropäischen Volksrepubliken Pate stand. Der Export finanzierte in immer größerem Umfang die Rückzahlung der Kredite, später nur noch die Zinsen. Die für die Bruderländer bestimmten Produkte waren fast grundsätzlich von schlechterer Qualität, Verträge und Liefertermine wurden von allen Seiten nur sporadisch eingehalten. Sogar die UdSSR schielte auf die westlichen Märkte: Das Land des Kommunismus war vor allem aus Verteidigungsgründen auf die Modernisierung seiner Wirtschaft angewiesen.

Dieser in der Fachliteratur ausführlich dargestellte Prozess war weder geplant noch vorhersehbar. Im Gegenteil: Die sowjetische Führung ging zu Beginn der Sechzigerjahre davon aus, dass es ihr gelingen würde, den



historischen Rückstand gegenüber den entwickelten kapitalistischen Ländern binnen kurzer Zeit zu überwinden. Diese waghalsige Wachstumsprognose hatte die KPdSU auf dem XXII. Parteitag im Oktober 1961 offiziell als ihr Programm verkündet. In seiner Rede beschwor Parteichef Nikita Chruschtschow unter anderem Folgendes:

*Die KPdSU setzt sich zum Ziel, während der nächsten zwanzig Jahre ein Lebensniveau des Volkes zu erreichen, das höher sein wird als in jedem kapitalistischen Land. Zum ersten Mal in der Geschichte hört der Zustand auf, dass die Menschen Mangel leiden müssen. Die öffentliche Ernährung gewinnt ein entschiedenes Gewicht gegenüber den häuslich verfertigten Speisen. Eine besondere Bedeutung messen die kommunistische Partei und der Sowjetstaat der vollständigen Lösung der Wohnungsfrage bei. Diese Frage konnte bisher kein Gesellschaftssystem lösen. In den nächsten zehn Jahren müssen wir den Wohnungsmangel liquidieren. Am Ende des zweiten Jahrzehnts wird jede Familie eine eigene Wohnung mit Vollkomfort besitzen. (...) Im ersten Jahrzehnt führen wir für die Mehrheit der Werktätigen den sechsständigen Arbeitstag bzw. die fünfunddreißigstündige Arbeitswoche ein. Gleichzeitig wird der bezahlte Urlaub der Arbeiter und Angestellten auf drei Wochen und später auf einen Monat erhöht werden. (...) In Bezug auf die nächsten zwanzig Jahre setzten wir uns als Ziel (...) den Übergang zum kostenlosen Unterricht und medizinischer Versorgung, die kostenlose Benutzung der Wohnungen, der öffentlichen Dienste und des städtischen Verkehrs. (...) Im zweiten Jahrzehnt beginnen wir mit der Verwirklichung der anderen großen sozialen Maßnahme: Die Werktätigen der Unternehmen und Institutionen sowie die Kolchosbauern erhalten eine kostenlose Versorgung (Mittagessen). (...) In den kommenden zehn Jahren (...) überholen wir die Vereinigten Staaten im Ausmaß der industriellen Pro-Kopf-Produktion, im zweiten Jahrzehnt – bis 1980 – wird unsere Heimat in bezug auf die Pro-Kopf-Agrarproduktion die Vereinigten Staaten überholen.*

Ob die Autoren des Parteiprogramms an diese atemberaubenden Verheißungen selbst geglaubt haben, sei dahingestellt. Tatsache bleibt, dass es Chruschtschow damals gelang, in der Öffentlichkeit bestimmte Hoffnungen auf eine allmähliche Besserung der Lage zu wecken. Dies hing nicht zuletzt damit zusammen, dass es auf diesem Parteitag durch die

erneute Verurteilung des Stalin'schen Terrors – sogar der Leichnam des Diktators wurde vom Platz neben Lenin im Mausoleum entfernt –, durch Liberalisierung in der Kultur und eine vage Reformbereitschaft in der Ökonomie neue Impulse gab und neue geistige Kräfte aktiviert wurden.

Was den konkreten Zeitplan betraf, so löste dieser scholastische Debatte über die Frage aus, ob sich die wichtigste Zusage des Programms, *Die heutige Generation der Sowjetmenschen wird bereits im Kommunismus leben*, auf die kleinen sozialistischen Länder Osteuropas oder Asiens anwenden ließe. Die DDR, Polen, die ČSSR, Ungarn, Rumänien und Bulgarien verkündeten damals, bei ihnen seien bisher lediglich die Grundlagen des Sozialismus gelegt worden. Der Zeitzonenschied zwischen 1917 und 1945, zwischen der russischen Oktoberrevolution und der Geburt der osteuropäischen Systeme sollte gewissermaßen überwunden werden. Sowjetische Ideologen beruhigten die Nachbarvölker, bei allen Teilnehmern der Ostallianz werde «historisch zeitgleich» der Kommunismus an die Tür klopfen. Was danach kommen würde, war bereits bei Lenin festgelegt: Mangels verfeindeter Klassen erfolge das Absterben des Staates, und der allgemeine Wohlstand mache das Geld als Zahlungsmittel überflüssig. Diese Überlegenheit würde dann das Schicksal des Westens besiegeln, denn im «friedlichen Wettbewerb» müsse der Kapitalismus eindeutig den Kürzeren ziehen. Ein konkreter Fahrplan für den Untergang der nichtkommunistischen Welt jedoch wurde von der Moskauer Zukunftsschmiede nicht erarbeitet.

Drei Jahre später wurde der Hauptredner des XXII. Parteitags durch eine Palastrevolte gestürzt und ihm unter anderem «Subjektivismus» und «Proschektorstwo» (= Phantasterei) zum Vorwurf gemacht. Seinen Zeitplan legte man dezent ad acta, und das Gesellschaftssystem der UdSSR charakterisierte man bescheiden als «entwickelten Sozialismus», das der kleineren Ostblockstaaten als «real existierenden», also unvollkommenen Sozialismus. Dies ist heute nur deshalb erwähnenswert, weil das Programm der KPdSU das letzte, wenn auch nur vorgetäuschte Aufblühen jener ursprünglich visionären Weltsicht war, die den Kommunismus mit dem utopischen Denken von 2000 Jahren – mit dem Urchristentum, mit der Ketzerei, mit Thomas Morus, Campanella, Saint-Simon, Owen und Fourier, aber auch mit Lassalles und Bebels Traum – verbunden hatte. Das Band war nun unwiderruflich zerrissen, und der Zukunftsstaat landete endgültig im grauen Hier und Jetzt.

Fast ein Vierteljahrhundert danach, im Anschluss an Tschernenkos Bestattung am 13. März 1985, empfing Michail Gorbatschow die Spitzenpolitiker des Warschauer Vertrags. Das Gespräch hatte allgemeinen Charakter und währte nicht lange. In einem Statement erörterte der neue Parteichef die Grundzüge seiner Politik und betonte deren Kontinuität. Neben den gewöhnlichen Slogans – Sicherung der Verteidigungskraft, Verhandlungen mit den USA über Abrüstung, Einheit der sozialistischen Staaten – fiel auch der Ausdruck *Beschleunigung der Entwicklung*, der zwar zu den üblichen rhetorischen Versatzstücken gehörte, aber trotzdem am nächsten Tag auf den ersten Seiten aller ZK-Presseseorgane von Ostberlin bis Sofia prangte. Bedeutsamer jedoch war eine unveröffentlicht gebliebene Bemerkung Gorbatschows: *Die Sowjetunion hat nicht wenig wirtschaftliche Sorgen, aber wir wissen, dass auch die Lage der anderen sozialistischen Länder nicht einfach ist. Mit den ökonomischen Problemen der befreundeten Länder beschäftigen wir uns so wie mit den eigenen.*

Formal diskutierten die Versammelten die bevorstehende Verlängerung ihres Bündnisses. Die sowjetische Seite schlug vor, den Warschauer Vertrag auf zwanzig Jahre zu prolongieren, und falls zwanzig Jahre später, das heißt anno 2005, niemand von den Mitgliedstaaten Einwände erheben sollte, die Vertragsdauer automatisch um weitere zehn Jahre auszudehnen. Aus symbolischen Gründen sollte der feierliche Akt am «Tatort» Warschau vollzogen werden. Gegen diese einvernehmliche Lösung gab der rumänische Staats- und Parteichef Nicolae Ceaușescu zu bedenken, zehn Jahre Verlängerung plus fünf Jahre hätten auch gereicht, obwohl er, zumindest anlässlich dieser edlen Versammlung, auf seiner Variante nicht unbedingt bestehen wolle.

Indes ging es bei dem Treffen unausgesprochen um die von Gorbatschow erwähnten Schwierigkeiten sowohl des Lehnsherrn als auch seiner Vasallen: Der Sarg des bereits im Augenblick seines Todes völlig vergessenen Tschernenko war von alten Männern umgeben, die in ihren eigenen Ländern einen Überlebenskampf aufgrund der ökonomischen Krise und der sich daraus ergebenden Gefahr sozialer Unruhen führten. Gemeinsam war allen, dass sie aus der kommunistischen Bewegung der Vorkriegszeit kamen und schwierige Jahre der Illegalität hinter sich hatten. Drei von ihnen, der polnische, der tschechoslowakische und der ungarische Veteran, hatten seinerzeit den Stalinismus am eigenen Leib zu

spüren bekommen, was weder ihre kommunistische Überzeugung noch ihre Loyalität gegenüber Moskau ins Wanken gebracht hatte. Die sechs Honoratioren mochten nach Lebenslauf, Mentalität und geistigen Fähigkeiten noch so unterschiedlich sein – gemeinsam vertraten sie mit ihren Staaten Europas Roten Gürtel, eine historische Trophäe der Sowjetmacht, auf welche diese – so schien es wenigstens – niemals verzichten durfte, ohne ihre Identität preiszugeben.

Gorbatschow verfolgte nun die sensationsarmen Wortmeldungen seiner Trauergäste und wusste aus den entsprechenden Akten genau, was die Einzelnen zu schultern hatten.

Der erste Redner, János Kádár, fasste sich besonders kurz, weil er noch am selben Tag nach Budapest zurückfliegen musste, wo seine Partei die letzten Vorbereitungen zu ihrem XIII. Kongress traf. Über diesen wortkargen, bescheidenen Mann hatte Gorbatschow besonders viel Gutes von Jurij Andropow gehört, der in den Fünfzigerjahren als Botschafter in Budapest gewesen war und Kádárs Machtantritt maßgeblich mitgetragen hatte. Die damaligen Verdienste des ungarischen Parteichefs lagen auf der Hand: Er hatte 1956 die Unterdrückung des Volksaufstands durch die Sowjetarmee legitimiert, rücksichtslos harte Maßnahmen gegen die am Aufstand Beteiligten ergriffen und Macht und Ordnung im Staate wiederhergestellt. Zu Beginn der Sechzigerjahre versuchte er sich an einer Art Versöhnungskurs und schuf eine Atmosphäre der kleinen Freiheiten – so kam das Zehnmillionenland zu seinem Beinamen «lustigste Baracke im Lager».

Allerdings war Ungarn in den letzten Jahren zu einem zunehmend unsicheren Kantonisten geworden: Trotz aller Lippenbekenntnisse zu Moskau und den anderen Bruderländern liebäugelte die Budapester Regierung fast offen mit Westeuropa und den USA. Nach innen betrieb sie einen liberalen Kurs, gab den kostspieligen Konsumwünschen der Bürger nach, tolerierte systemfremde Erscheinungen in der Kultur und fasste die Opposition mit Samthandschuhen an. Besorgniserregend war vor allem die abgrundtiefe, fast an Zahlungsunfähigkeit grenzende Außenverschuldung des Staates: 1985 mit 14 Milliarden US-Dollar die höchste im Ostblock, pro Kopf der Einwohner gerechnet. Um dieses Defizit auszugleichen, hatte Kádár wenige Jahre zuvor um die Aufnahme seines sozialistischen Staates in den Weltwährungsfonds gebeten.

Anders als Ungarn befand sich die DDR in keiner akuten Krise. Mit seinem beachtlichen Schuldenberg von 26 Milliarden US-Dollar konnte der «Arbeiter- und Bauernstaat» besser umgehen als seine Nachbarn östlich der Oder. Erstens verfügte die Republik über eine für osteuropäische Verhältnisse relativ leistungsfähige, technisch gut ausgerüstete Wirtschaft, zweitens waren hier die Vorteile der besonderen deutsch-deutschen Beziehungen spürbar, nicht zuletzt des zollfreien Binnenhandels. Mithilfe von westlichen Krediten und sowjetischen Rohstofflieferungen ließ sich eine Doktrin der «Einheit der Wirtschafts- und Sozialpolitik» aufrechterhalten, die den 17 Millionen Bürgern ein im Ostblock einzigartig hohes und vielfach beneidetes Lebensniveau bescherte. Die spät, aber dennoch erfolgte weltweite Anerkennung der DDR steigerte zudem das Selbstbewusstsein der führenden Funktionäre und vor allem des Generalsekretärs und Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker, der auf dem Moskauer Treffen 1985 als Zweiter das Wort ergriff.

Der von manchen Gesprächspartnern als hochnäsiger empfundene Nationalstolz der Ostdeutschen beunruhigte Moskau ebenso wie die engen Wirtschaftskontakte der DDR zur Bundesrepublik. Der Kreml wollte das Tempo der Annäherung der beiden deutschen Staaten selbst bestimmen. So vereitelte er noch unter Tschernenko im Herbst 1984 die lang geplante Reise Honeckers zu Helmut Kohl, die eine deutliche Aufwertung des Generalsekretärs mit sich gebracht hätte. Die Zuverlässigkeit des westlichsten Vorpostens der UdSSR wurde zudem durch dessen innere Zerrissenheit beeinträchtigt. Auf der einen Seite gab es eine enorme sowjetische Militärpräsenz und die rigide ideologische Haltung eines Kurt Hager, der päpstlicher als der Papst sein wollte, auf der anderen die fortwährend ansteigende Zahl der ausreisewilligen «Antragsteller». Die offene Medienfront und das dichte Netz der Intershopläden zeigten, wie instabil die nach außen unerschütterlich wirkende Lage im Grunde war.

General Wojciech Jaruzelski, der dritte Redner, genoss ähnlich wie János Kádár Moskaus besondere Sympathie. Als er im Dezember 1981 mit einer für sozialistische Länder eher ungewöhnlichen Methode, einem Militärputsch und dem daraus folgenden «Kriegszustand», seine bedrohliche Gegnerin, die Gewerkschaftsbewegung Solidarność, sowie die politischen Oppositionszirkel der Intellektuellen ausschaltete, war ihm ein Kunststück gelungen: Er hatte Moskaus geopolitische Interessen

ohne militärisches Eingreifen der Sowjetunion durchgesetzt. Er operierte mit dem kalten Terror der Sondertruppen *Zomo*, mit einem Netz von Internierungslagern und massivem Einsatz der Staatssicherheit. Paradoxerweise war jedoch die schwer errungene soziale Ruhe überwiegend der Vermittlertätigkeit der katholischen Kirche zu verdanken.

Als weniger siegreich erwies sich der Haudegen in seinem Kampf mit der Wirtschaftsmisere des Landes. Obwohl zu dieser Zeit einige minimale Verbesserungen der Lebensmittelversorgung erfolgt waren, konnte sich Polen von der ökonomischen Depression nicht wirklich erholen, geschweige denn vernünftige Reformen einleiten. Neben den horrenden Schulden von dreißig Milliarden US-Dollar wurde das Land von Sanktionen belastet – die Antwort der westlichen Regierungen auf das Kriegerecht. So sah sich die *Rzeczpospolita Polska* noch mehr als ihre Partner im Ostblock auf sowjetische Hilfe angewiesen. Wenn Jaruzelski jetzt die Beteiligten feierlich im April nach Warschau einlud, um den Militärpakt zu verlängern, so tat er dies soldatisch ehrlich. Auf einen solchen Staatsmann war Verlass – lediglich sein Volk blieb notorisch unzuverlässig.

Der vierte Redner, der 1911 geborene Todor Schiwkow, stand seit 1954 an der Spitze der bulgarischen KP und war seit 1958 Staatschef. Damit war er nicht nur der Älteste im erlauchten Kreise, sondern auch der mit der längsten Herrschaftserfahrung. Seine Krenltreue war sprichwörtlich, sodass man ihm die Absicht angedichtet hatte, die Aufnahme seines Staates als sechzehntes Mitglied der UdSSR betrieben zu haben, ein Ansinnen, das angeblich nur an der Herzlosigkeit der Sowjets gescheitert war. Für diesen Vorgang fehlen die Beweise. Tatsache ist nur, dass die Melodien der bulgarischen und der sowjetischen Hymne gespenstisch ähnlich klangen und dass die Lewascheine der Balkanrepublik auf den ersten Blick wie eine amateurhafte Rubelfälschung wirkten. Selbst die aus den Kämpfen gegen das Osmanische Reich herrührende traditionelle Russlandfreundschaft der ehemals osmanisch beherrschten Bulgaren trug zur außergewöhnlichen Loyalität gegenüber dem großen Bruder bei.

Gleichzeitig hinderte dieser besondere Eifer die Regierung in Sofia keineswegs daran, westliche Kredite in Anspruch zu nehmen, die sich bis 1985 zu einer Verschuldung von ca. vier Milliarden US-Dollar summiert hatten. Unterdessen baute man an der Schwarzmeerküste Hotels für Westtouristen, um an harte Währung zu kommen, und bettelte gleichzeitig bei

den Sowjets um Kredite und Rohstofflieferungen. Bulgarien mit seinen achteinhalb Millionen Einwohnern stand zu Beginn der Achtzigerjahre unmittelbar vor einer ökonomischen Katastrophe – ehrgeizige Industrieprojekte versuchte man auf Kosten der früher blühenden, jetzt aber heruntergekommenen Landwirtschaft umzusetzen. Soziale Unruhen wollte das Regime vermeiden, indem es nach altem Muster nationalistische Werte proklamierte. So startete man im Sommer 1984, also kurz vor der Trauerzeremonie in Moskau, eine sogenannte Bulgarisierungskampagne, zu deren Opfern die türkische Minderheit, rund eine Million Menschen, gehörte: Viele wurden zur Änderung, genauer zur Bulgarisierung ihrer Namen gezwungen – ein Fanal, dem später die massenhafte Vertreibung von Türken folgen sollte.

[...]